

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Bezugspreis:

Monatlich in Neuenbürg
A. 1920. Durch die Post
in Einz- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonstigen
deutschen Reich A. 1920
mit Postzuschlag.

In Fällen von Adress-
veränderung besteht kein Anspruch
auf Befreiung der Zeitung
von der Abkündigung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Postämter, in Neuenbürg
sowie die Ausdräger
jedenfalls entgegen.

Abrechnung Nr. 24 bei der
C.M. Sparskassa Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile ab
deren Raum 1. Zeile 80.-
außerhalb desselben 90.-
einschl. Inserenten-
kollektivangelegen 100 Proz.
Zuschlag. Offerte u. Auf-
nahmestellung 20 Mt. Be-
name-Zelle 220.-

Bei größeren Aufträgen ent-
sprechender Rabatt, der im
Falle des Nachverfahrens
hinfallig wird, ebenso wenn
Zahlung nicht innerhalb
14 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt.

Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge
wird keinerlei Gebühr ab-
genommen.

Nr. 33.

Neuenbürg, Freitag, den 9. Februar 1923.

81. Jahrgang.

Deutschland.

München, 8. Febr. Das Vermögen des Korvettenkapitän a. D. Oberhardt ist beschlagnahmt worden. Die Pflegschaft über das Vermögen wird beim Amtsgericht München ausgeübt.

Mannheim, 7. Febr. Große Aufregung verursachte heute früh das Erscheinen von Panzermotoren am Brückenübergang auf der Ludwigshafener Seite. Ein Tank fiel um und behinderte den Verkehr außerordentlich. Ueber den Zweck ist nichts bekannt geworden.

Bochum, 8. Febr. Der Polizeiaffizient Luette wurde von französischen Offizieren verhaftet und schwer mißhandelt, weil er Kindern verboten hat, Nahrungsmittel von der französischen Feldküche entgegenzunehmen.

Berlin, 8. Febr. Der Londoner Besuch des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid steht im Zusammenhang mit dem Besuch der Führer der Labour Party in Berlin. Dr. Breitscheid hat vorher in Holland noch längere Rücksprachen mit den ausschlaggebenden Männern der zweiten Internationale gehabt. Bei den Besprechungen hat sowohl die Kalkulation, wie auch die Frage der Zurückziehung der englischen Truppen aus den besetzten Gebieten eine Rolle gespielt.

Berlin, 8. Febr. Im Wohnungsausschuß des Reichstags wurde gegen den Widerspruch des preussischen und des bayerischen Vertreters ein Antrag angenommen, für den Ausnahmefonds der Wohnungsbauabgabe einen Beitrag von 20 Mark auf den Kopf der Bevölkerung im Falle einer Wohnungsbauabgabe von 1500 Prozent und von 40 Mark im Falle einer Wohnungsbauabgabe von 3000 Prozent zu erheben. Sodann wurde ein Antrag gestellt, welcher die spekulative Verwertung der im Jahre 1918 mit Hilfe öffentlicher Mittel erstellten Häuser treffen wollte. Dieser Antrag wurde abgelehnt, jedoch wurde in Aussicht genommen, bis zur weiten Lösung eine neue Fassung des Gedankens zu finden. Voraussichtlich wird morgen die Entscheidung über die Erhöhung der Wohnungsbauabgabe fallen. — Der sozialdemokratische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem Entwurf von Verordnungen über die Reichswochenhilfe und die Wochenfürsorge. In der Abstimmung wurde für die Einbindung der Wochenhilfe der Krankenkassen der Betrag von 10000 Mark angenommen und die Einkommengrenze für die Fördermittel auf 120000 Mark und 36000 Mark für die Verordnungen genehmigt.

Württ. Landtag.

Stuttgart, 7. Februar. Die Etatsberatung wird bei Kapitel 71 (Finanzverwaltung) fortgesetzt, worüber Abg. Scheff berichtet. In rascher Folge werden die Kapitel 71-73 über die Finanzverwaltung erledigt. Eine Hemmung gab es bei Kapitel 73a (Hochbauamt), weil das Hochbauamt den Neubau der Technischen Hochschule trotz des niedrigen Angebotes nicht der sozialen Baugenossenschaft übergeben hatte. Trotz der Geldentwertung müßte man den Wohnungsbau unterstützen und fördern. Die Komm. lehnen das Kapitel ab. Zwischenhinein wird über die von den Kommunisten eingebrachten Entschlüsse betr. Annexionen in den Metallarbeiterstreik abgestimmt; sie werden abgelehnt. Das Kapitel vom Etat des Innern, über die die Abstimmung gestern zurückgestellt wurde, werden genehmigt. Dann geht man über zu Kapitel 88 (Domänen). Das Kapitel wird genehmigt. Die Linke legt nahe, die Pachtzinsen der Waldnutzung anzupassen. Bei Kapitel 89 (Forstverwaltung) brachte der Bauernbund einen Antrag ein, die Forstverwaltung möge möglichst viel Streu zur Verfügung stellen. Der Antrag wurde angenommen. Längere Auseinandersetzungen gab es bei Kapitel 91 über die Ausbildung der Forstbeamten, bezweifelnd es ja den Forstlerkrieg gegeben hat. Regierungssitzung erklärt, daß nicht die höheren Beamten an den Fortschritten schuld seien und daß die Ausbildung der Beamten gut sei. Dies wird dann gegen halb ein Uhr abgebrochen. Nachmittags 5 Uhr Fortsetzung.

In der Nachmittagsitzung des Landtags gab es eine längere Aussprache über den sogenannten Forstlerkrieg. Dabei wurden die dienstlichen Leistungen der unteren Forstbeamten durchaus anerkannt, während ihre bisherige Kampfmethode, namentlich seitens der Regierungsvertreter verworfen wurde. Finanzminister Schall betonte, daß die Forstbeamten ihre Wünsche in sachlicher Weise vorbringen sollten und Präsident Walter erklärte, die Verwaltung wolle das Personal möglichst gut ausbilden, aber nicht über den Rahmen hinaus, was der Beamte in seinem Dienst braucht. Die Dienstaufwandsentschädigung der Förster wurde auf 50 Prozent derjenigen der Forstmeister festgesetzt. Sodann wurden in rascher Reihenfolge mehrere Kapitel des Finanzgesetzes genehmigt und zum Schluß die Kapitel 74 (Staats-

schul), sowie 75 bis 79 (Renten und Pensionen) angenommen. Morgen tritt der Finanzetat und Kulturretat.

Einpruch gegen die Militarisierung der Pfälzer Bahnen.

Ludwigshafen, 7. Febr. Gegen 10 Uhr vormittags ist die Reichsbahndirektion Ludwigshafen erneut militärisch besetzt worden. Etwas später ist auch der Eintritt in das Gebäude verwehrt worden. Die militärische Unterkommission hat eine Weisung erlassen, daß sie infolge der Absetzung des Präsidenten die Leitung des pfälzischen Eisenbahnebetriebes übernehme. Eine Abordnung der Reichsbahndirektion, sowie von Vertretern des Personals ist bei der Unterkommission vorstellig geworden und hat gegen die Ausweisung des Präsidenten und die Militarisierung der Eisenbahn protestiert.

Havas bezeichnet die gestrige Meldung der „Liberte“, daß die französischen Behörden eine Massenarrestierung deutscher Eisenbahner im Ruhrgebiet beabsichtigten, als unzutreffend. Es würden nur diejenigen Beamten nach dem unbesetzten Deutschland geschickt, die systematisch gegen die Anordnungen Frankreichs und Belgiens verstießen oder Sabotage verübten. Außerdem wendet sich Havas gegen eine Veröffentlichung, daß die Beförderung von Produkten der Metallindustrie aus dem Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Deutschland unterbunden werden solle. Deutere Nachricht sei zum mindesten erforderlich.

Wie die Welt belogen wird.

Spricht da ein nett gekleideter, freundlich aussehender Herr in Essen ein paar kleine Schulmädchen an und bittet sie, für ihn in einem nahegelegenen Blumengeschäft einen Strauß zu holen, weil er draußen auf einen Freund warten müsse. Die ahnungslosen Kleinen nehmen das Geld des Fremden in Empfang und erfüllen seinen Wunsch. Als sie mit einem riesigen Blumenstrauß aus dem Geschäft herauskommen und auf den Fremden zugehen, verschwindet dieser in einer Gruppe plötzlich aufgetauchter französischer Offiziere, die sich freundlich lächelnd zu den erstaunten Kindern hinneigen und den Blumenstrauß in Empfang nehmen. Neugierig bleiben die Vorübergehenden stehen. Was geht da vor? Die französische Propaganda arbeitet. Kino und Photograph haben die Szene aufgenommen, und das hübsche Bild erscheint in Zeitungen und Kinon des Auslandes. Die Ueberschrift lautet: „Begrüßung der französischen Truppen durch deutsche Schulmädchen“.

Willkürherrschaft der französischen Soldateska.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Elberfeld: Der französische Ortskommandant v. Rottmann teilte dem Oberbürgermeister mit, er lasse auf jede Person, die nach 10 Uhr abends auf der Straße angetroffen werde, schießen. Der Landrat erhob Einspruch, zumal der verschärfte Belagerungszustand durch eine Verfügung des Generals Dequette aufgehoben worden sei. Er machte deshalb für jede Ermordung irgend eines Zivilisten den Ortskommandanten verantwortlich. Die Verdrigung des vor einigen Tagen von den Franzosen hintertriebs ermordeten Schuldieners und Bergmanns Raumann in Brechten, die gestern unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung stattfand, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung gegen die französische Willkürherrschaft. Im Anschluß daran überreichten 49 Ortsvereine namens der gesamten Bevölkerung dem französischen Ortskommandanten in Brannbaur nochmals eine Protestklärung, in der auch die sofortige Aushebung des Ausweisungsbefehls gegen den Amtmann Dildmann verlangt wurde. Nach einer Meldung der „Pfälzischen Zeitung“ aus Ludwigshafen haben dort die Franzosen ein Dampfboot einer Privatreederei beschlagnahmt, um Kohlenlöhne auf die linke Rheinseite zu schaffen.

Versuche der Franzosen zur Einrichtung eines Rotverkehres.

Berlin, 7. Februar. Die Franzosen und Belgier gehen im besetzten Gebiet neuerdings dazu über, Personenzüge mit eigenem französischen Personal zu fahren. Da für derartige Züge die Betriebssicherheit nicht gewährleistet wird, warnt die Reichseisenbahnverwaltung das Publikum vor ihrer Benutzung und macht darauf aufmerksam, daß Schadenersatzansprüche auf etwaige Unfälle bei Benutzung dieser Züge gegen die deutsche Eisenbahnverwaltung nicht gemacht werden können.

Raub deutscher Kunstschätze geplant?

Dresden, 7. Februar. Wie die Dresdener Neuesten Nachrichten“ aus absolut zuverlässiger Quelle aus Paris erfahren, hat Ministerpräsident Poincare der Louvre-Verwaltung den Auftrag gegeben, eine Liste der Kunstwerke aus Deutschlands öffentlichem und privatem Kunstwert aufzuarbeiten, die in Deutschland beschlagnahmt und abtransportiert werden könnten, um als Zahlungsgarantie (1) zu gelten.

Da der Generaldirektor des Louvre, Baron Gtournelles de Constant, der vor dem Krieg verschiedentlich als französischer Delegierter auf Friedenskongressen aufgetreten ist, sich weiterte diesem Befehl Poincares Folge zu leisten, ist er vorläufig zur Disposition gestellt. Derartige Gedanken sind in Paris mit seinen geraubten Museen nichts Neues. Es fragt sich nur, ob wirklich Staatsmänner glauben können, mit dieser Handlungsweise gegen Deutschland etwas auszurichten und ob sie glauben können, daß derartige Anschläge auf das deutsche Kulturgut von dem deutschen Volk widerstandslos gebaldet werden.

Gegen die Wirtschaftsspionage.

Berlin, 7. Februar. Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Bochum suchten mehrere französische und belgische Ingenieure um die Genehmigung zur Besichtigung der Achsendreherei des Bochumer Vereins nach. Die Genehmigung wurde ihnen verweigert. Da man damit rechnete, daß die Ingenieure mit Gewalt eine Besichtigung durchsetzen werden, beschloß die gesamte Arbeiterschaft des Werkes einschließlich der Kommunisten und Syndikalistischen, die Arbeit niederzulegen, falls von der Besatzung irgend ein Gewaltakt unternommen werde.

Der Franzoseneinbruch in Baden.

Karlsruhe, 8. Febr. Der Offenburger Bahnsinspektor, Regierungsrat Sängers, wurde, wie jetzt bekannt wird, nach Kehl gebracht. Man nimmt an, daß er in einem Fort interniert wurde. Die Karlsruher Generaldirektion der Reichsbahn hat dem Verhafteten in Kehl einen Verteidiger bestellt, der den Aufenthalt Sängers ermitteln wird. Postdirektor Krieg aus Offenburg wurde ebenfalls ins altsächsische Gebiet abgeführt. Auch sein Aufenthalt ist bis zur Stunde noch unbekannt.

Müggeln, 8. Februar. Gestern nachmittag fand eine Besprechung des Staatspräsidenten, der sich in Begleitung des Finanzministers und mehrerer Referenten der Ministerien befand, mit dem Bürgermeister und den Vertretern der verschiedenen Bevölkerungsklassen des neubefreiten Gebietes über die augenblickliche Lage statt. Die im besetzten Gebiet massenhaft vorhandenen Soldaten kaufen die Lebensmittelgüter völlig aus. Ein von der Bevölkerung an die Besatzungsbehörde gestelltes Ersuchen, die Soldaten auf die militärische Verpflegung zu verweisen, blieb ohne Beachtung. Infolgedessen sind die Preise für Lebensmittel in einem Maße in die Höhe gegangen, wie man es nicht wieder irgendwo feststellen kann. Die Brotverförmung z. B. ist dadurch direkt in Frage gestellt. Der Finanzminister gab bekannt, daß die badische Regierung ihrerseits beschlossen habe, den badischen Staatsbeamten eine Besetzungszulage zu gewähren, wie sie das Reich im Ruhrgebiet gibt.

Deutscher Protest gegen den Franzosen-Einfall in Baden.

Berlin, 8. Febr. Der Protest der Reichsregierung gegen den französischen Einbruch in Baden ist gestern fertig gestellt worden. Die Note wird heute vormittag in Paris überreicht und gleichzeitig veröffentlicht werden. Die Reichsregierung macht darin, wie wir hören, die französische Regierung für alle Folgen, welche sich aus deren allem internationalen Recht höhnsprechenden Vorgehen ergeben, reflexlos verantwortlich und stellt in scharfsten Ausdrücken fest, daß der Ueberfall auf badisches Land in kraftlosem Widerspruch zu der Unerblichkeit des angegebenen Grundes, nämlich der Einstellung der beiden Elzige, stehe. Sodann wird der Tatsache der verschiedenen Begründung der neuen militärischen Aktion in der Note der französischen Regierung und der der Rheinlandkommission gedacht und dargelegt, daß es sich bei der Einstellung der beiden D-Jüge nur um eine vorübergehende Maßnahme handle. Die Einstellung sei eine Folge der Ruhrbesetzung und würde aufgehoben werden, sobald diese Besetzung aufhöre.

Ausland.

London, 8. Febr. Infolge eines neuen Nordanschlages auf einen Engländer in Konstantinopel hat die dortige britische Behörde einen Militärkommissar ernannt, der die gegenüber solchen Verbrechen notwendigen Schritte ergreifen soll. Der Distrikt, in dem der Ueberfall stattfand, ist durch Militär abgesperrt. Die Einwohner sind mit schweren Gelddübeln belegt worden.

Poincares Lügenfeldzug.

Nach einer Pariser Meldung soll Poincare am Dienstagabend französischen Pressevertretern erklärt haben, nach den Informationen der Regierung sei der Kanzler und der Reichsfinanzminister bei ihren Reisen im Ruhrgebiet von Industriellen und Arbeitern darüber aufgeklärt worden, daß Ruhrgebiet würde völlig ruiniert, falls nicht bald eine Ren-



Für solche Fälle...
Für solche Fälle...
Für solche Fälle...

bestenfalls...
bestenfalls...
bestenfalls...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

Wegens...
Wegens...
Wegens...

bis 268 000), 3. 230—260 000 (220—235 000) Mark.

Der schwankende Weizenpreis. Die Süddeutsche Mähdenervereinigung hat den Weizenpreis für Weizenmehl Spezial 0 von 265 000 auf 260 000 Mark für den Doppelzentner ermäßigt.

Neueste Nachrichten.

Mainz, 8. Febr. Vor dem französischen Militärgericht hatten sich heute 7 junge Leute im Alter von 15—20 Jahren zu verantworten, die wegen der anlässlich der am 24. Jan. nach dem Thyllen-Prozess in Mainz stattgefundenen Straßensperren von den Franzosen verhaftet worden waren. Zur Verhandlung waren zwei Vermeidung von Ansammlungen vor dem Gerichtsgebäude in der Wallstraße militärische Maßnahmen getroffen worden. Einer der Angeklagten erhielt drei Monate Gefängnis, während die übrigen Angeklagten mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter mit Gefängnisstrafen von 10—15 Tagen davonkamen.

Essen, 8. Febr. Aus dem besetzten Gebiet liegen wieder zahlreiche Meldungen über Verhaftungen und Ausweisungen von Reichsbeamten vor, die im Zoll-, Post- und Polizeiwesen wichtige Stellen innehaben, so aus Reddinghausen, Duisburg Düsseldorf und Cleve. Rücksichtslos und brutales Vorgehen gegen die Betroffenen ist dabei an der Tagesordnung. In Witten-Kühe hat sich die Besatzungsbehörde dazu verstanden, die Beschlagnahme der den Bergarbeitern für ihre eigene Haushaltungen zustehende Kohlenmengen wieder aufzuheben.

Essen, 8. Febr. Da die Bechen sich andauernd weigern, den Befehlstruppen Kohlen zu liefern, haben die Franzosen erklärt, daß sie die Kohlen beschlagnahmen würden, wo immer sie sie fänden. Tatsächlich sind bereits mehrere Kohlenladungen und Deputatskohlen in den Straßen Essens beschlagnahmt worden.

Saarbrücken, 8. Febr. Der Streik der Lothringer Bergarbeiter ist heute zur Tatsache geworden, nach dem die gestrigen Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind. In ganz Lothringen liegen die Bergwerke still.

Berlin, 9. Febr. Der russische Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, der gestern früh, von Lausanne kommend, in Berlin eingetroffen ist, nahm, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, die Gelegenheit seines Besuchs wahr, um mit dem Minister des Auswärtigen, Dr. von Rosenburg, eine längere Rücksprache zu nehmen.

Berlin, 8. Februar. Nach einer der Geschäftsstelle des deutschen Volksposters von amtlicher Seite zugegangenen Mitteilung ist die Verbreitung des Aufrufs des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, sowie der Länderregierungen zum deutschen Volksposter in der französisch besetzten Zone am Rhein verboten worden.

Berlin, 9. Februar. Angesichts der im Reichstag noch drücklich geforderten Einziehung der bisher gestundeten Kohlensteuer dürfte die zu erwartende Kohlenpreissteigerung die 80 proz. Lohnpreissteigerung noch übersteigen, so daß man mit einer Verdoppelung der Kohlenpreise rechnen muß. — Der Dollar wurde am Donnerstag in Frankfurt mit 33 815,25 G., 33 984,75 B., in Berlin mit 33 416,25 G., 33 563,75 B. notiert.

Paris, 8. Februar. Wie der „Temps“ mitteilt, wird morgen eine Abteilung von 4500 französischen Eisenbahnern, sämtlich Freiwillige, nach dem besetzten Gebiet abgehen. Ferner zieht der Minister für öffentliche Arbeiten in Erwägung, eine Anzahl der anlässlich des Streiks im Jahre 1920 entlassenen Eisenbahner wieder einzustellen, um sie im besetzten Gebiet zu verwenden.

Reg., 8. Febr. Der Bergarbeiterstreik im Saargebiet hat nun auch auf das Rosel-Departement übergegriffen.

London, 9. Febr. Der Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Essen schreibt nach einer Schilderung der dortigen Lage seit Beginn der Besetzung hätten erste Meinungsverschiedenheiten zwischen dem französischen Oberkommissar und Colste, dem Führer der Ingenieurkommission bestanden. Nicht ein einziger französischer Ingenieur sei bisher in ein Bergwerk eingeführt worden; die Kontrolle der Fabriken habe noch nicht begonnen. Die Franzosen seien bis zum äußersten in der Klemme. Ihre produktiven Pflaster produzierten nichts für ihre Armeen; sie seien ein Werkzeug der Zerstörung.

Wirtl. Landtag.

Stuttgart, 8. Februar. Im Landtag gab es heute zu Kapitel 80 des Finanzetats (Ablösung der Zivilliste) längere und nicht gerade erquickliche Auseinandersetzungen über die Frage einer Erhöhung der der Herzogin Charlotte zustehenden Rente. Während sich die Regierung und die Mehrheit des Finanzausschusses auf den Standpunkt gestellt hatten, daß die Rente als eine staatsrechtliche Pension anzusehen und demnach ebenso wie die Beamtengehälter zu erhöhen sei, wurde dies von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite bestritten mit der Begründung, daß das Königshaus durch den Staatsvertrag endgültig abgefunden sei und daß es in die Pflichten der herzoglichen Familien falle, für die Herzogin Charlotte zu sorgen. Die Abg. Baur (Ztr.), Dr. Rühlberger (Dem.) und Bides (D. B.) wandten sich ebenso wie der Abg. Bazille (B. P.) gegen die Auffassung der Linken, bedauerten den Ton, in dem über diese Lastfrage gesprochen wurde und lechterer stellte fest, daß jetzt, wo ein haßerfüllter Feind das deutsche Volk vernichten will, eine Regierungspartei nichts anderes zu tun habe, als Ausführungen zu machen, die unsere Feinde nur erfreuen können. Der Antrag auf Erhöhung der Rente wurde dann gegen die Stimmen der Linken angenommen, ebenso die Entschlieung, daß die Erben des Königshauses nun ihre vermeintlichen Ansprüche nicht weiter verfolgen sollen. Sodann begann die Beratung des Kultetats. Zu der Bitte des Abg. Dr. Baur (Ztr.) um Unterstützung des Umbaus des Priesterseminars wurde regierungsfeindlich erklärt, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sei. Ein Zentrumsantrag, die geplante Neuregelung der Grundgehälter der katholischen und evang.

Geistlichen mit unklarer Beschleunigung durchzuführen, wurde angenommen. Im übrigen wurden die Kapitel 41 bis 47 erledigt, während es bei Kap. 48 (Unioersität) wieder eine längere Aussprache gab, in der die Not der deutschen Wissenschaft betont, der Staat für die Studentenhilfe ausgesprochen und der kommunistische Vorwurf zurückgewiesen wurde, daß die studentische Jugend systematisch zum Klassenkampf gegen die Arbeiter erzogen werde. Morgen Fortsetzung der Beratung.

Militärische Befehle der Saargruben.

Saarbrücken, 8. Febr. Gestern sind sämtliche Saargruben militärisch besetzt worden, obwohl die öffentliche Ruhe und Ordnung nirgends gestört worden war. Die Organisation der Bergleute hatte überdies einen eigenen Ordnungsdienst eingerichtet und davon der Regierungskommission Mitteilung gemacht. Auch die Notstandsarbeiten wurden überall ausgeführt. Bereits im Laufe der letzten Tage, besonders noch am heutigen Tag sind fortlaufend Truppen in kriegsmäßiger Ausrüstung ausgerückt. Anscheinend sind noch Formationen aus Lothringen herübergekommen. In Rüttlingen wurde ein Bergmann von einem französischen Offizier mit der Reitpeitsche mißhandelt. Heute vormittag haben die Gewerkschaftsvertreter bei der Saarregierung vorgesprochen und energischen Protest gegen die völlig unbegründete Besetzung der Gruben eingelegt.

Den Mann gezeigt.

Essen, 9. Februar. Gestern Nachmittag versuchten die Franzosen einen Schupo-Beamten, der nicht gegrüßt hatte, festzunehmen. Dieser floh. Ein französischer Posten legte auf ihn an. Ein anderer Schupo-Beamter, der in der Nähe war, zog die Pistole und richtete sie auf den Franzosen. Der Franzose schoß nicht. Ein französischer Offizier holte den französischen Posten in die Wache hinein.

Gegen einen verräterischen Bürgermeister.

Essen, 7. Febr. Der Bürgermeister von Krug, der der Besatzungsbehörde die Nachweisung der Angestellten und Beamten übergeben hat, hat seine Stellung aufgeben müssen. Nach der Auslieferung der Listen kam es zu einer persönlichen Aussprache zwischen Bürgermeister, Beamten und Bürgerwehr, wobei das Verhalten des Bürgermeisters als Vaterlandsverrät und Unamerabständigkeit ausgelegt wurde. Gleichzeitig kam es zu einer Kundgebung aller Schichten gegen den Bürgermeister, der daraufhin seinen Posten verlassen hat.

Hundert Prozent.

Aus dem Reichsvertehrministerium verlautet, daß zum 15. Februar eine Gürtelerhöhung um 100 Proz. und zum 1. März eine Pensionenerhöhung um gleichfalls 100% eintreten wird. Diese Erhöhungen sind natürlich eine unmittelbare Folge der Ruhrbesetzung.

Französische Grenelaten und Räubereien.

Berlin, 9. Februar. Wie die Blätter melden, kam es gestern kurz nach der Besetzung des Bahnhofes von Wanne durch die Franzosen zu blutigen Zwischenfällen. Ein D.-Zug und ein Personenzug wurde von den Franzosen angehalten und das deutsche Eisenbahnpersonal wurde zum Verlassen der Züge gezwungen. Ein 64-jähriger Zugführer wurde dabei von einem französischen Soldaten von hinten mehrmals mit dem Kolben auf den Kopf geschlagen. Der Zugführer brach zusammen und erlag bald darauf seinen Verletzungen. Die Reisenden der beiden Züge wurden von französischen Offizieren, die ihre Revolver auf die Menge richteten, und von Soldaten, die rücksichtslos mit ihren Bajonetten auf die Reisenden, unter den sich viele Frauen und Kinder befanden, einstaken, vom Bahnsteig getrieben. Zahlreiche Personen, darunter Frauen und Kinder, erlitten Verletzungen. Irgend ein Widerstand der plötzlich überfallenen Reisenden und Beamten ist nicht erfolgt. Ein Postbeamter des D.-Zuges wurde durch einen Bajonettschlag schwer verletzt, als er sich weigerte, die ihm anvertrauten Gelder herauszugeben. Die Franzosen beschlagnahmten drei Kisten mit mehreren Millionen Mark. In Reddinghausen wurde einem Arbeiter durch einen Kolbenschlag eines Franzosen die Kinnlade zerschmettert. Die Gewerkschaften haben daraufhin einen 24stündigen Proteststreik proklamiert. Wie die Blätter aus Essen melden, wurde gestern Vormittag das große Schaufenster der französischen Buchhandlung im Hauptbahnhof zertrümmert. Ein französischer Offizier stellte einen in der Nähe stehenden Schupo-Beamten zur Rede und wollte ihn ohrfeigen. Eine

Bersäumte Abonnements auf den „Enztäler“

Können bei allen Postanstalten, Postboten und Agenturen, in der Stadt beim Verlag und den Austrägerinnen nachgeholt werden.
Erstgenannte Nummern werden nachgeliefert.
Jede Postanstalt, jeder Briefträger und Postbote sind zur Annahme von Monatsbestellungen verpflichtet.

Die Anschaffung von Gummikampeln
für die Schulen nach gesetzlicher Vorschrift mit dem neuen württ. Landeswappen darf auf Rechnung der Schulkassen erfolgen. Ich halte mich den verehrl. Schuldvorständen bestens empfohlen.
C. Meck'sche Buchdruckerei,
Jub. D. Ström.

rasch zusammengedrängte Menge entwarfene darauf den Franzosen.

Zwischenfälle in Essen.

Berlin, 8. Febr. In Essen ist es heute vormittag zu schweren Zwischenfällen gekommen. Die Franzosen haben in der Nacht Propaganda-Plakate anleben lassen, die von der deutschen Bevölkerung heute früh abgerissen wurden. Ein Kommando, das von 2 Offizieren geführt wurde und etwa 20 Mann stark war und das durch die Straßen gefandelt wurde, um die Attentäter festzunehmen, verhaftete u. a. auch sechs junge Leute, die auf der Wache aufs schwerste misshandelt worden sind. Auf dem Bahnhofplatz wäre es beinahe zu einem Zusammenstoß zwischen Schuppolizeibeamten und französischen Soldaten gekommen. Ein deutscher Schuppolizist wurde von einem französischen Offizier zum Grinsen aufgefordert. Da er sich weigerte und von französischen Soldaten abgeführt werden sollte, kam ihm ein Kommando Schuppolizei zu Hilfe. Durch das Dazwischentreten eines höheren französischen Offiziers, der die französische Wache mit sich nahm, wurde der Ausbruch von Feindseligkeiten im letzten Augenblick vermieden.

Ausdehnung der Verkehrskontrolle im Ruhrgebiet.

Berlin, 8. Febr. Die Franzosen haben, nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Essen, die Eisenbahnverkehrs-kontrolle jetzt auch auf den internen Verkehr des Ruhrgebietes ausgedehnt. So wurden in Bradel, Alperbeck und Werden gewöhnliche Gütertransporte und Lebensmittelzüge angehalten. Vor allem scheinen die Franzosen es auf eine Sperre des Verkehrs von und nach den fiskalischen Gruben abgesehen zu haben, worauf die Besetzung der Blockstellen Bantau und Julia hinweist. Wie von zuständiger Seite weiter mitgeteilt wird, werden jetzt auch in dem von den Engländern besetzten Gebiet französische Kontrollstellen eingerichtet. In Köln sind bereits französische Eisenbahner eingetroffen. Des weiteren teilen die Blätter mit, daß von den Besatzungsbehörden Kohlenzüge nur nach Holland, nicht aber für die Schweiz und Italien bestimmte Sendungen abgelassen werden.

Freie Durchfahrt der Kohlenzüge für die Schweiz.

Berlin, 8. Febr. Die schweizerische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Die schweizerische Regierung hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß durch die Besetzung Offenburgs einige für die Schweiz bestimmte Kohlenzüge festgehalten werden. Die schweizerische Regierung hat deshalb die französische Regierung darum ersucht, diese Züge freizugeben. Die Zusicherung hierzu ist von den Franzosen gegeben worden, daß auch diejenigen Kohlenzüge, die noch für die Schweiz bestimmt sind, in Zukunft von der französischen Behörde Durchgangserlaubnis erhalten sollen.

Bern, 9. Febr. Der Bundesrat hat die schweizerischen Gesandten in Berlin und Paris angewiesen, bei den dortigen Regierungen dringende Schritte zu unternehmen, um auf die schweren Schäden aufmerksam zu machen, die für Basel im besonderen und für die Schweiz im allgemeinen aus den Verkehrsstörungen erwachsen und sie zu eruchen, diese nach Möglichkeit zu beheben. Der französische Botschafter hat unabhängig von diesem Schritt des Bundesrats dem politischen Departement erklärt, Frankreich werde sein Möglichstes tun, um die Störungen zu beheben.

Die englische Kriegsschuld an Amerika.

London, 8. Februar. Reuter meldet aus Washington: Der Bericht der amerikanischen Schuldenkommission ist, wie bereits mitgeteilt, von Harding dem Kongress unterbreitet worden. Er setzt die Hauptsomme der zu fundierenden britischen Schuld mit 4074818000 Dollar fest. Die bis zum 15. Dezember 1922 aufgelaufenen und noch nicht bezahlten Zinsen betragen bei einem Zinssatz von 4 1/2 v. H. 629836000 Dollar. Hiervon sind abgezogen die von Großbritannien geleisteten Zahlungen in Höhe von 100526000 Dollar. In seiner Adresse an den Kongress hatte Harding die Entscheidung der Schuldenkommission gebilligt und erklärt, das Abkommen stelle den ersten großen Schritt in der Richtung auf Regelung der durch den Weltkrieg erwachsenen internationalen Verpflichtungen dar. Harding sprach der britischen Schuldenfundierungskommission seine Anerkennung aus. Die englische Kriegsschuld an Amerika beträgt demnach 4604128000 Dollar.

Türkisches Ultimatum an die Alliierten.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der Vertreter Agoras in Konstantinopel, Anan Bey, hat auf Befehl seiner Regierung den verbündeten Oberkommissaren die Forderung nach Zurückziehung der Kriegsschiffe der Alliierten aus den Häfen von Smyrna in Form eines 24 stündigen Ultimatum überreicht. Bei Nichtannahme würden die Batterien auf Feuer auf die Schiffe eröffnen. In einer Sitzung, die sich am Abend stattfand, beschloßen die Oberkommissare, von ihren Regierungen Instruktionen einzuziehen, ehe sie auf die Forderung antworten. Sie erhielten schließlich von den Türken eine Verlängerung der Frist um 7 Stunden. Die englische und die französische Regierung haben sich gestern nachmittag über die Antwort, die der Angora-Regierung auf ihre Forderung nach Zurückziehung der Kriegsschiffe aus Smyrna zu geben sei, geeinigt und beschloßen, den Türken mit einer energischen Note zu antworten und die Angora-Regierung davon zu verständigen, daß die englischen und französischen Kriegsschiffe in Smyrna Befehl erhalten haben, falls sie angegriffen würden, sich zu verteidigen. Ein Reuter dazu erfährt, hatte die türkische Regierung die Frist zur Abberufung der Kriegsschiffe verlängert, indem als letzter Zeitpunkt zum Verlassen der Schiffe der gestrige Abend bestimmt wurde. Die alliierten Oberkommissare und Admirale hoben dem formalistischen Vertreter in Konstantinopel ein energische Note überreicht, in der sie die Angora-Regierung für alle feindlichen Aktionen, die aus der Forderung der Angora-Regierung entfielen sollten, verantwortlich machen. Die in Smyrna vor Anker liegenden Kriegsschiffe sind der französische Kreuzer „Genest Reuan“ und das englische Kriegsschiff „Galipso“. Nach Mitteilung von unterrichteter Seite ist die Einfahrt in den Hafen von Smyrna schon in dem Abbruch des Waffenstillstands mit Ainen verboten worden und die einzige Fahrtrinne befindet sich in unmittelbarer Nähe einer Küstenbatterie. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel hat der französische Konsul in Smyrna um die Erlaubnis nachgesucht, die französische Kolonne an Bord des Schiffes „Pierre Loti“, das sich augenblicklich in der Bucht von Smyrna befindet, einschiffen zu dürfen.

Bezugspreis: Monatlich in Neuenburg 1.30. Durch die Post in Ost- und Oberamtbezirk, sowie im sonstigen alliierten Bereich 1.350 mit Postbefehl.

In Fällen von Verweigerung des Bezugspreises ist kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenburg außerdem die Kundlicher (bezogen) entgegen.

Verl. Nr. 24 bei der O. S. Sparte Neuenburg.

Politische W.

Die französische Gewalt: Von Straßburg a. Oberrhein und Appenweier bis zum Rhein auf der deutschen Seite. Die französische Diplomatie bezeichnet die Sanktion. Sie hat von der letzten Sache einen guten Eindruck unter Sanktion und Sittlichkeit. Tagelangen Fälle wieder nicht ein Raubzug und Nach dem Beschlusse der Deutschen vom Vertrag von Versailles und nicht mehr. Die Sanktion ist ein Schritt in die Richtung der Sanktion, die noch einmal auszuheben und schon durch die Sanktion Stellung in Europa. Frankreich mit jedem Schritt, aufgestellt und verurteilt. Es waren aufregende Tage, als auch wir die Sanktion des Hahns gefrazt in dem natürlichen Bild, wie nach einiger Weile, ein einziger Tag wenn die Welt sich im höchsten Augenblicke die reiche Nation, und wenn sie auch die zu uns finden sollten, in einigen Stunden geschieden. Die Sanktion in unserem mochten mit der einzigen uns noch. Wir wollen nicht das Geheiß uns selber die Schuldigen. Die Sanktion, tapfer und doch die wir des Feindes auf unsere Füße sind wahrhaftig nicht.

Was Frankreich anstrebt in Deutschland selbst. In aller Form den schloßen Volke zu versagen. Sie wollen ihre Kräfte. Sie wollen Deutschland hinaus nur bei jedem Nachbar verurteilen wir vermeiden. Die Sanktionen begehren, Gewalt nicht zuzulassen mit den Mitteln die uns gelangt, die Befehle zu versorgen, wenn unsere Kolben bekommen, damit sie nicht sollen wir versagen? Jedenfalls dürfen wir im. Die Sanktionen aus Paris und London aus in der Welt, selbst bei versagen. Gewiß gibt es keine, selbst in Italien, groß Frankreich nicht mehr belächeln werden, aber nicht mit dem bis an die Sanktion einzulassen. Im Sanktion oft ausgeführt, die Sanktion nicht zu verdecken, das die Sanktion beherrscht. Engländer, seinen Frieden mit Frankreich zu machen. Ebenso gilt für die Sanktion für Italien das berühmte Selbstmord. Von den in die deutsche Reise immer man wohl von Entschließen nicht verurteilen, aber um die Sanktionen weder in Italien und Amerika. Die Sanktionen lassen den Gewaltmenschen über der Arbeiter in den Sanktion nicht so bis auf die Knochen. Die Sanktionen deutscher Kollege, der Sanktionen Sanktionen lausen würden aber nicht gehalten, die Sanktionen einmal Laten sehen lassen. Die Sanktionen die Sanktionen auf die Sanktionen Sanktionen.

Martinsmoos.
Holz-Verkauf.
Am Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 1 Uhr, verkauft die Gemeinde auf dem Rathaus im Submissionsweg zirka 100 Festmeter 2. bis 5. Klasse Langholz (66 Fm. Forchen- und 36 Fm. Tannenholz) nach der neuen Forsttaxe vom November 1922. Bedingungen liegen auf dem Rathaus auf. Abfuhr günstig.
Gemeinderat.
Vorl. Schaible.

Schuhmacher-Zwangs-Innung für den Oberamtsbezirk Neuenburg.
Durch ganz enorme Steigerung unserer Lederpreise in der letzten Woche (ein Kilo Sohlleder 45000-50000 M.) sind wir gezwungen, für nachstehende Arbeiten folgende Richtpreise festzusetzen:
Herren-Sohlen und Flecken 20000 Mark.
Damen-Sohlen und Flecken 15000-16000 Mark.
Nr. 36-39 werden wie Damen-Sohlen berechnet.
Nr. 31-35 Sohlen und Flecken 12000 Mark.
Nr. 27-30 " " " 10000 Mark.
Nr. 20-25 " " " 8000 Mark.
Herren-Flecken 4700 Mark.
Damen-Flecken 3000-4000 Mark.
Die Preiskommission.
Schwamm.
Zu unserer Jahresfeier am Samstag, 10. ds. Mts. im Gasthaus z. „Waldhorn“:
„Die Wilderer“
laden wir Freunde und Gönner freundlichst ein.
Anfang punkt 7 Uhr.
Freundschaft „Edelweiß“.

D.W.V.
Sonntag, 11. Febr., nachmittags 2 Uhr,
Verammlung
in Höfen.
Der Vorstand.
Bestellungen auf
Stempel
jeder Art nimmt entgegen
E. Meeh'sche Buchhandlung,
Inb. D. Strom.

Megger-Innung Neuenburg-Wildbad Sitz Wildbad.
Von heute ab treten nachstehende Fleischpreise in Kraft:
Ochsenfleisch 1. Kl. p. Pfd. Mk. 2900
Rindfleisch 1. Kl. " " Mk. 2900
Ruhfleisch 1. Kl. " " Mk. 1800-1860
" 2. Kl. " " Mk. 1500-1520
Kalbfleisch per Pfd. Mk. 1900
Schweinefleisch " " Mk. 3400

Schönberg-Grumbach.
Hochzeits-Einladung.
Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Sonntag, den 11. Februar 1923
im Gasthaus zum „Hirsch“ in Grumbach
stattfindenden
Hochzeits-Feier
freundlichst einzuladen.
Johann Fuchs,
Sohn des Gottlieb Fuchs, Maurermeisters in Schönberg.
Marie Merkle,
Tochter des Ernst Merkle, Goldarbeiters in Grumbach.
Kirchgang 11 Uhr in Grumbach.

Gummi-Sohlen
wasserdicht aufgezogen
auf Herrenstiefel mit Absatz 4600 Mark.
auf Damenstiefel mit Absatz 4400 Mark.
Kladder-Stiefel bedeutend billiger.
Dasselbst ist eine trachtige Ziege preiswert zu verkaufen.
Herm. Krauß, Calmbach.

Dobel-Dennach.
Hochzeits-Einladung.
Wir laden alle Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Sonntag, den 11. Februar 1923
im Hotel „Sonne“ in Dobel
stattfindenden
Hochzeitsfeier
höflichst ein.
Wilhelm Schaible,
Sohn des † Wilhelm Schaible, Öbmanns in Dobel.
Elise Hummel,
Tochter des † Mathäus Hummel in Dennach.
Kirchgang 11 1/2 Uhr.

Bieh-Verkauf.
Von Montag morgen 8 Uhr ab
steht
im Gasthaus zum „Ochsen“ in Höfen
ein großer Transport
junger, guter Milch-
Kühe, junger, trachtiger
Kühe, trachtiger
Kalbinnen, sowie schöner Stiere
und Rinder
zum Verkauf und laden Liebhaber freundlichst ein.
Rudolf und Berthold Löwengard.

Ala
Henkel's Pulv- und Scheuerpulver,
für Haushalt, Gewerbe und Industrie
unentbehrlich.
Putz mit Ala Topf und Herd
Weiß den schönsten Glanz beschneid!
Birkenfeld.
In württembergischen
Blättern
Rotklee-Samen
1921er, hat zu verkaufen
Gottlob Fu.